

Der neue "Lagebericht Rechtsextremismus im Netz"

(www.bmfsfj.de › aktuelles › alle-meldungen) kommt zu dem Ergebnis: Rechtsextreme nutzen gezielt soziale Netzwerke. Über Musik und Videos erreichen sie ein Millionenpublikum - und richten sich damit gezielt auch an Kinder und Jugendliche. Erarbeitet und herausgegeben wurde der Bericht von jugendschutz.net, dem Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet.

In der Pressemitteilung wird Frau Ministerin Giffey zitiert;
"Ob in sozialen Netzwerken, auf Youtube oder in der digitalen Spiele-Welt: Kinder und Jugendliche sind heutzutage ganz selbstverständlich im Netz unterwegs - umso erschreckender ist es, wie leicht sie von Rechtsextremisten kontaktiert und geködert werden können. Für mich ist der Lagebericht ein Alarmzeichen, gerade auch in Zeiten von Corona. Denn mit kruden Verschwörungstheorien und Fake News versucht die rechtsextreme Szene derzeit auch junge Menschen für sich zu gewinnen..."

Der weit verbreitete Denkfehler liegt in der Aussage: „Kinder und Jugendliche sind heutzutage ganz selbstverständlich im Netz unterwegs“. Wenn sich mehr und mehr herausstellt, dass das Netz für Kinder und Jugendliche zu viele Gefahren birgt, dann muss „das ganz Selbstverständliche“ hinterfragt werden. Bitte stellen Sie sich vor, ein Politiker würde vergleichsweise sagen:

Ob in Sportvereinen, in Kneipen oder zu Hause: Kinder und Jugendliche trinken heutzutage ganz selbstverständlich Alkohol - umso erschreckender ist es, wie leicht sie von Produzenten und Anbietern kontaktiert und geködert werden können. Für mich ist der Lagebericht ein Alarmzeichen, gerade auch in Zeiten von Corona. Alkohol macht das Immunsystem anfälliger für Erkrankungen, auch für Corona.

Genau diese Problematik mit dem Alkohol wiederholt sich nun mit Sozial Media: vor etwa 100 Jahren wurde Alkohol mit Gewalt, organisierter Kriminalität und politischer Korruption in Verbindung gebracht. Vielfach wurden die Ablehnung des Alkohols von Frauen getragen, da viele von ihnen unter trinkenden und gewalttätigen Ehemännern litten und das Leben von Familien durch Alkohol zerstört wurde. Warum aber war der regulierte Umgang mit Alkohol so problematisch? Exemplarisch dazu der Verlauf in den USA. Der Verfassungszusatz zur Einführung der Prohibition (dem Verbot von Alkohol) wurde nur wenige Monate nach Kriegsende verabschiedet (1918). Die politische Elite der USA stellte sich nur zögerlich auf die Seite der Befürworter des Verbotes, da sie von den Brauereien und Destillieren, die ein hohes Steuereinkommen generierten, finanziell abhängig war ([Prohibition in den Vereinigten Staaten – Wikipedia](#)).

Nun wieder ins Jahr 2020: Um Jugendliche auch vor Gefahren im Netz wirksam zu schützen, beabsichtigt das BMFSFJ noch in diesem Jahr das Jugendschutzgesetz zu reformieren mit den Inhalten: „stärkerer Schutz, mehr Orientierung und eine effektive Rechtsdurchsetzung bei Verstößen - auch gegenüber Anbietern mit Sitz im Ausland.“ Als Beteiligter der Verbändeanhörung hatte ich den Eindruck, das BMFSFJ glaubte, man müsse auf die finanziellen Interessen der Anbieter Rücksicht nehmen oder wollte man nur Aggression vermeiden? Gerade in dem Wissen, dass die drei größten Anbieter in der „digital world“ jeweils mehr Betriebskapital haben als die zwanzig größten Unternehmen im Deutschen

Aktienindex (DAX) zusammen, appelliere ich zum Schutz der Kinder und Jugendlichen an die Verantwortlichen in der Politik: sorgen Sie für deren Schutz. Sie wurden von der Bevölkerung gewählt nicht von der Medienindustrie, Sie haben die Menschen zu schützen nicht amerikanische Mediengiganten.

Die Abhängigkeit von Brauereien und Destillieren drängt sich auf.

Das Zitat von Frau Ministerin Giffey endet mit: „Zugleich brauchen wir mehr Medienkompetenz. Schon jetzt fördern wir über das Bundesprogramm ['Demokratie leben!'](#) zahlreiche Initiativen, die junge Menschen für ideologische Inhalte im Netz und ihre Gefahren sensibilisieren.“

Diese seit mehr als 10 Jahre gestellte Forderung nach mehr Medienkompetenz macht niemanden kompetenter, geschweige denn mündiger im Umgang mit Medien. Ein siebenjähriges Kind wird im Vergleich beim unregulierten Genuss von Alkohol trotz Kompetenz abhängig werden. Das liegt an der Unreife des kindlichen Gehirns, nicht an der Kompetenz! Niemand weiß, ob unregulierter Gebrauch bei Medien harmlosere Effekte hat. Bloße Forderung nach Medienkompetenz lässt offen, welche Inhalte sind für welches Alter bewiesen, wer soll diese spezielle Bildung leisten und wer wird dafür bezahlt? Mit der Forderung nach Medienkompetenz und mit der finanziellen Förderung des Bundesprogramms ['Demokratie leben!'](#) versucht die Politik einen Vulkanausbruch mit Palmwedel zu verhindern und benutzt dabei Begriffe, deren Definitionen nicht geklärt sind.

Wie behutsam Staatsdiener mit Medienanbietern umgehen, belegt die Aussage von Stefan Glaser, Leiter von jugendschutz.net: "Deshalb ist es wichtig, dass bei Rechtsverstößen schnell gehandelt wird. Wir brauchen mehr Betreiber, die bereit sind, junge Userinnen und User auch proaktiv vor rechtsextremer Propaganda zu schützen. Es ist unbegreiflich, warum einschlägig bekannte Bands ihre hasserfüllte Musik noch auf reichweitenstarken Plattformen promoten können. Und wieso schlagen mir die Algorithmen dann auch noch ähnliche Beiträge vor? Mit Meinungsfreiheit hat das nichts zu tun." Die Gegenfrage an Herrn Glaser: „Wer soll hier eigentlich politisch entscheiden: die Gewählten oder die Medienanbieter?“

Das BMFSFJ berichtet dazu: „der größte Teil der gesichteten rechtsextremen Propaganda befand sich auf Social-Media-Plattformen wie YouTube, Facebook, Twitter und Instagram“. Konsequentes Handeln, Unterbindung von Trittbrettfahrerei ist die Forderung derer, die sich für Kinder und Jugendliche, deren Rechte und deren Schutz einsetzen. Rechte und Schutz unterscheiden sich maßgeblich von denen Erwachsener, weil Psyche, Wahrnehmung und Problembewältigung Jugendlicher eben anders ist – Jugendliche sind auch beim Medienschutz keine kleinen Erwachsenen.

Der Bericht ["Rechtsextremismus im Netz 2018/19"](#) und die Praxis-Info ["Corona-Pandemie und rechtsextreme Onlinepropaganda: Verschwörungstheorien, Hasskampagnen und rechtsextremes Framing"](#) stehen zum Download bereit.